



Mietwohnungen und kommunaler Boden müssen Gemeingut sein und keine Waren für renditegetriebene Spekulation!

Die Initiatoren des Bürgerantrags "Mietendeckel – Bodendeckel", für bezahlbare Wohnungen, ausreichend Wohnungen für Wohnungsnotfälle und eine Wende in der bremischen Bodenpolitik, möchten hiermit die näheren Hintergründe erklären.

Die Mietpreise und das Mietwohnungsangebot für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, und das ist die Mehrheit in Bremen, stehen seit Jahren in keinerlei Verhältnis mehr zur Inflationsrate oder zur Lohn- und Einkommensentwicklung hier. Bremen befindet sich deutschlandweit an trauriger 5. Stelle der Überschreitung der 30% Mietbelastungsquote. Fast die Hälfte der Mieter in Bremen gibt mehr als 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aus; fast ein Viertel sogar mehr als 40 Prozent. Rund 125.000 Haushalte sind aufgrund niedriger Einkommen auf preisgünstige Wohnungen angewiesen. Für die meisten Alleinerziehenden wird beispielsweise in einer 60qm-Wohnung die kritische 30-Prozent-Grenze bereits bei einem Mietpreis von 6 Euro/qm überschritten. Für Rentner*innen, Studierende, Teilzeitbeschäftigte und

größere Familien sieht es ähnlich aus: 6,50 Euro nettokalt sind für sehr viele schon zu viel. Zu dieser Negativentwicklung hat leider auch die Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände von „Bremischer“ und „Beamtenbau“ Ende der 1990er Jahre durch die Bremer Landesregierung beigetragen. Diese Wohnungsbestände landeten später bei „schwarzen Schafen“ wie Vonovia (ca. 12.000 Wohnungen in Bremen) mit ihren für internationale Finanzinvestoren wie Black Rock & Co. hochattraktiven Renditen in „Betongold“.



Auch GEWOBA und BREBAU als Wohnungsverwalter in kommunalem Besitz müssen aufhören, die Bestandsmieten zu erhöhen.

Zwischen 2007 und 2017 hat sich der Bestand an GEWOBA-Wohnungen unter 6 Euro/qm in Bremen halbiert, aber der Bestand zu 7 Euro/qm verfünffacht, und das

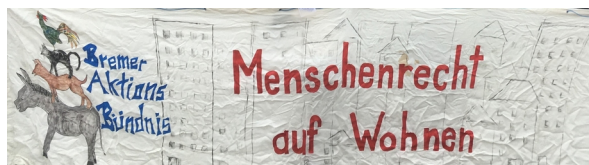
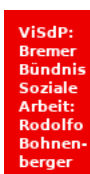
ausgerechnet beim größten kommunalen Wohnungsunternehmen (nun zu 75,1 % in städtischem Besitz).

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Eine Rückkehr Bremischer Politik zu den Handlungsleitlinien vor der Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1989 durch die CDU/FDP-Bundesregierung ist dringend geboten. Damals gab es in Bremen noch über 80.000 Sozialwohnungen, 2018 nur noch ca. 6.800. Die Verfügbarkeit über ausreichend bezahlbare Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment ist wesentlich für die soziale Entwicklung Bremens und gegen die aktuell sich vollziehende Spaltung der Stadt.

Folgende Anliegen sind deshalb über den Bürgerantrag hinaus für eine langfristig wirksame und sozialökologische Wohnungspolitik in Bremen wichtig:

1. Belegungsbindungen von Sozialwohnungen im jetzigen Bestand müssen so ausgebaut werden, dass einkommensärmere Bürger*innen (z.B. Alleinerziehende, Studierende und Rentner usw.) in ihren Stadtteilen wohnen bleiben können und nicht vertrieben werden (Gentrifizierung) und so gestaltet werden, dass missbräuchliche „Mitnahmeeffekte“ durch die Wohnungseigner vermieden werden.
2. Wir brauchen in Bremen ein großes kommunales Wohnungsbauprogramm für Sozialwohnungen mit dauerhafter (unbefristeter) Sozialbindung. Zusätzlich muss für ein bundesweites Wohnungsbauprogramm eine Initiative im Bundesrat gestartet werden mit dem Ziel einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit im sozialen Wohnungsbau.
3. Ausschöpfung aller kommunalen Handlungsmöglichkeiten für die Rekommunalisierung von ungenutzten Liegenschaften, Brachflächen und (drohendem) Gewerbeleerstand, wie auch aus Spekulationsgründen leerstehender Wohnungen. Das kommunale Vorkaufsrecht wahrnehmen, bevor damit spekuliert werden kann.
4. Enteignung (Vergesellschaftung) von Miethaien wie VONOVIA, Grand City Properties und LEG nach Artikel 15 Grundgesetz mit Entschädigung deutlich unter Marktwert.

Initiatoren des Bürgerantrags



<https://bremerbuenndissozialearbeit.jimdofree.com/b%C3%BCrgerantrag-mietendeckel-bodendeckel/>